

Ein Kommentar

Ist die Wiedervereinigung an der Wachstumsschwäche Schuld?

Das vereinigte Deutschland weist ein deutlich geringeres Wirtschaftswachstum auf als das Frühere Bundesgebiet vor der Vereinigung. Lag die Wachstumsrate 1970 bis 1991 bei durchschnittlich 2,4%, beträgt sie seit der Vereinigung nur noch durchschnittlich 1,1%. Auch im internationalen Vergleich ist Deutschland beim Wachstum deutlich abgeschlagen. Tatsächlich ist das vereinigte Deutschland auch 2002 – also 12 Jahre nach der Vereinigung – noch immer rechnerisch „ärmer“ als das Frühere Bundesgebiet am Vorabend der Vereinigung. Das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt im Jahr 2002 mit 24 100 Euro nach wie vor unter dem Wert von 24 300 Euro, den das Frühere Bundesgebiet 1991 erzielt hatte.

Was ist der Grund für diese unerfreulichen Entwicklungen? Immer häufiger wird die Wiedervereinigung als eine Ursache der Wachstumsschwäche genannt. Die EU-Kommission vertritt diese These ebenso wie die OECD und der Sachverständigenrat und eine wachsende Schar von Politikern. „Das Wirtschaftswachstum in Deutschland blieb seit Mitte der neunziger Jahre schwach, und die deutsche Wirtschaft hat sich als anfällig gegenüber externen Schocks erwiesen. Das ist teilweise auf die langandauernden Effekte der Wiedervereinigung zurückzuführen ...“, so die EU. Die Wiedervereinigung als Wachstumsbremse?

In der Tat hat es im Gefolge der Wiedervereinigung wachstumshemmende Entwicklungen gegeben. Vor allem ist die gesamtwirtschaftliche Abgabenlast drastisch gestiegen. Zur Finanzierung der sozialen Folgekosten, insbesondere durch die hohe Arbeitslosigkeit im Osten, wurden die Sozialbeiträge kräftig und dadurch wachstumshemmend erhöht. Zugleich ist das Staatsdefizit nach der Vereinigung massiv angeschwollen, weil die „Kosten der Vereinigung“ in nicht geringem Maße durch Kreditaufnahme finanziert worden sind. Die darauf folgende Zinsbelastung hat – neben dem Anschwellen der Sozialleistungen – die Fähigkeit des Staates zum Investieren geschwächt. Insgesamt ist zu konstatieren, dass steigende Abgabenlast und Staatsverschuldung wachstumshemmende Folgen der Vereinigung, so wie sie betrieben wurde, sind. Die Frage ist allerdings, ob die Vereinigung wirklich die wichtigste Ursache der Wachstumsschwäche ist.

Das Frühere Bundesgebiet war bereits am Vorabend der Wiedervereinigung auf einem absteigenden Ast. Das Arbeitsvolumen schrumpfte trendmäßig und stagnierte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, während die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau chronisch geworden war. Die Investitionsquote ging zurück. Reformen wurden bereits vor der Wiedervereinigung angemahnt. Der Sachverständigenrat wies in seinem Jahresgutachten 1989 „erneut“ darauf hin, „dass er die Rahmenbedingungen für das Investieren in der Bundesrepublik für verbesserungsbedürftig hält“. Grundlegende Reformen unterblieben jedoch und wurden – obwohl noch dringlicher geworden – auch durch die Wiedervereinigung nicht ausgelöst. Das ist der Kern der bis heute anhaltenden Wachstumsschwäche Deutschlands.

Die Wachstumsschwäche Gesamtdeutschlands schlägt mittlerweile auf Ostdeutschland zurück. Die im Vergleich zu Westdeutschland viel kleinere ostdeutsche Wirtschaft konvergiert seit einigen Jahren mit ihrer Wachstumsrate und der Investitionsintensität auf die Werte des Westens. Und da liegt das Problem: der Westen weist eine unzulängliche Dynamik bei Investitionen und Wachstum auf. Wenn in Deutschland insgesamt die Investitionen weiter stagnieren, gibt es mangels Investoren auch für einen forcierten Aufholprozess des Ostens keine Chance.

Der Verweis auf die „Lasten der Wiedervereinigung“ lenkt von der Kernursache der Wachstumsschwäche ab: dem Ausbleiben von Reformen, die auf eine nachhaltige Kräftigung der Investitionsintensität in Deutschland insgesamt zielen. Ostdeutschlands Aufholprozess wird inzwischen durch mangelnde gesamtdeutsche Dynamik gehemmt. Die Wachstumsschwäche ist überwindbar – wenn das Land Reformen nachholt.

Ruediger.Pohl@iwh-halle.de)